



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 70 • Die Woche im Bundestag • 05.03.2010

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung

Nach der heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten überarbeiten. Wir müssen in Zukunft noch genauer auf ein besonders hohes Maß an Datensicherheit achten.

Insbesondere muss die Einhaltung der strengeren Schutzvorkehrungen staatlich kontrolliert werden. Auch an den Abruf und die Verwendung der Daten sind höhere Anforderungen zu stellen.

Wir müssen nun rasch zu einer Neuregelung gelangen, die unseren Ermittlungsbehörden das unverzichtbare Terrorbekämpfungsmittel der Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten praktikabel zugänglich macht.

Entgegen den ersten Schlagzeilen ist nicht die Vorratsdatenspeicherung als solche, sondern nur deren konkrete Umsetzung durch den Gesetzgeber verfassungswidrig.

Eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung bleibt daher möglich und ist durch die entsprechende EU-Richtlinie auch geboten.

CDU/CSU wissen, was sie der Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger schuldig sind. Da bis zu einer Neuregelung keine Grundlage für eine Datenspeicherung besteht, ist besondere Eile geboten.

In diesem Sinne werden wir verantwortungsvoll und zügig die entsprechenden rechtlichen Grundlagen schaffen und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entsprechend berücksichtigen.

EU-Kommission legt Frühjahrsprognose vor

Die Europäische Union wird sich nach Einschätzung der EU-Kommission nur schrittweise von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erholen.

Für das laufende Jahr wird ein Zuwachs von lediglich 0,7 Prozent des BIP für die Länder der Europäischen Union erwartet, für Deutschland ein Wachstum von 1,2 Prozent.

Noch immer gibt es eine Reihe von Faktoren, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa bremsen, so etwa die schwierige Lage auf den Immobilienmärkten und auf den Finanzmärkten in einigen Ländern und die anhaltende Zurückhaltung der privaten Verbraucher, gerade mit Blick auf einen möglichen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Hoffnung kommt von der unerwartet starken Erholung der Weltwirtschaft mit einem möglichen Wachstum von über 4 Prozent, von der auch die Länder der EU profitieren könnten.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Wachstumsperspektiven in der Europäischen Union und für die Chance, mit anderen Wachstumszentren dieser Welt auf Dauer mithalten zu können, müssen aber die politischen Schwerpunkte richtig gesetzt werden, vor allem auf die Bereiche Bildung und Forschung, Beschäftigung oder umweltfreundliche Investitionen.

Das von der EU-Kommission nächste Woche voraussichtlich vorgelegte neue Konzept „Europa 2020“, das die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel am 25. März beraten werden, muss sich diesen politischen Schwerpunkten widmen.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag eindeutig zur Freiheit des Internets bekannt. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität zu erhalten und zu fördern.

Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes.

Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderen Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden.

Die zunehmende Bedeutung des Internets und seine Nutzung durch die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land hat Folgen für die Gesellschafts-, Bildungs- und Rechtspolitik, die mit der Enquete-Kommission des Bundestages näher beleuchtet werden sollen.

Dabei wird die Enquete-Kommission in besonderem Maße darauf achten, die Öffentlichkeit in ihre Arbeit miteinzubeziehen, um größtmögliche Transparenz herzustellen.

Antrag der Regierungsfraktion zum Bologna-Prozess beraten

„Bologna-Prozess vollenden – Länder und Hochschulen weiter unterstützen“ ist der Titel eines Antrages der Fraktionen von CDU/CSU und FDP, der in dieser Woche im Plenum beraten wurde.

Die Fraktionen forderten die Bundesregierung auf, weiter engagiert für die Vollendung des gemeinsamen europäischen Hochschulraumes einzutreten.

Länder und Hochschulen sollen bei der weiteren Umsetzung der Bologna-Reformen unterstützt werden, damit sie verlässliche Perspektiven für die Verbesserung der Qualität der Lehre schaffen können.

Für die CDU/CSU – Bundestagsfraktion war Monika Grütters als zuständige Berichterstatterin maßgeblich an der Antragsarbeit beteiligt.

Durchschnittsverdiener nur selten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen

Die übergroße Mehrzahl der Bezieher von ALG II haben in ihren vorherigen Jobs weit unterdurchschnittlich verdient.

Etwa 80 Prozent der Betroffenen hatten in ihrer letzten Anstellung weniger als 1000 Euro, 50 Prozent sogar weniger als 500 Euro monatlich verdient.

Lediglich jeder Zehnte Langzeitarbeitslose erzielte ein Einkommen von 1500 Euro oder mehr. Über 3500 Euro kam lediglich ein Prozent.

Die angeblich weitverbreitete Furcht vieler Durchschnittsverdiener, im Falle des Arbeitsplatzverlustes in die Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten, ist offensichtlich unbegründet. (Quelle: IZA)

Starker Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern erwartet

2060 werden in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) voraussichtlich 37 Prozent weniger Menschen leben als 2008. 36 Prozent der dort lebenden Menschen werden 65 Jahre oder älter sein.

Infolge dieser Entwicklung geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 50 Prozent auf vier Millionen zurück.

Auch der Gebiete der alten Bundesrepublik werden von der demographischen Veränderung betroffen sein, allerdings nicht so stark.

Bis 2060 ist hier von einem Bevölkerungsrückgang um 19 Prozent auszugehen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich von heute 38 auf dann 26 Millionen verringern.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)